

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

Neue Sektorenverordnung in Kraft

Seit dem 29.09.2009 gelten für Aufträge in den Bereichen Verkehr, Energie und Trinkwasser die Vorschriften der neuen Sektorenverordnung (SektVO) (BGBl. I Nr. 62 vom 28.09.2009).

Die SektVO löst die VgV für die Bereiche Energie, Verkehr und Trinkwasser ab und ersetzt die Abschnitte 3 und 4 der Verdingungsordnungen VOB/A und VOL/A.

Wichtigste Änderung ist die Wahlfreiheit aller Sektorenauftraggeber bezüglich der Verfahrensart. Kommunale Unternehmen dürfen damit ohne weitere Anforderungen ein Verhandlungsverfahren wählen. Nach altem Recht galt in einigen Bereichen noch der Vorrang des Offenen Verfahrens.

Zudem können nun Auftraggeber vollständig vom Vergaberecht freigestellt werden, sobald tatsächlich Wettbewerb besteht. Auch stehen neue elektronische Verfahren zur Verfügung.

EU-Kommission klärt Verhältnis VO 1370 - Vergaberecht

Die EU-Kommission hat in ihrem Schreiben an die Republik Österreich vom 25.06.2009 die Abgrenzung der EU-Verordnung 1370/2007 vom EU-Vergaberecht geklärt.

Zunächst weist die EU-Kommission darauf hin, dass künftig alle staatlich unterstützten Verkehrsleistungen der VO 1370 unterfallen. Das Vergabeverfahren richte sich bei Dienstleistungsaufträgen im Bus- und Straßenbahnverkehr nach Vergaberecht. Dies gilt auch für Untervergaben an Subunternehmer. Zur Ab-



Dr. Ute Jasper

Dr. Jan Seidel

HEUKING KÖHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

grenzung der Rechtsbereiche empfiehlt die EU-Kommission daher, zuerst zu prüfen, ob es sich um einen Auftrag (dann Vergaberecht) oder eine Konzession (dann VO 1370) handelt.

Die Direktvergabe an einen internen Betreiber nach der VO 1370 ist – so die EU-Kommission – nur bei Konzessionsverträgen möglich. Bei Aufträgen im Bus- und Straßenbahnverkehr gelten die strengeren Vorschriften des Vergaberechts. Zwar erfolgt die Auslegung des EU-Rechts grundsätzlich durch den EuGH. Dieser zieht jedoch in seinen Urteilen regelmäßig auch die Einschätzungen der EU-Kommission heran.

Neue Vertragsfristen bei Vergabeverzögerung

Sind in Vergabeunterlagen feste Fertigstellungstermine vorgesehen, hat der erfolgreiche Bieter auch dann einen Anspruch auf deren Verschiebung, wenn der Beginn seiner Arbeiten flexibel war. Dies hat der BGH am 10.09.2009 (VII ZR 152/08) entschieden.

Der Fall betrifft die oft verwendete Klausel, nach der die Arbeiten spätestens 12 Werktagen nach Zuschlagerteilung zu beginnen sind. Ein solcher flexibler Ausführungsbeginn ist dem Wortlaut nach unabhängig von Vergabeverzögerungen. Er stellt Bieter jedoch vor Probleme, wenn zugleich feste Fertigstellungstermine gelten.

Der BGH hat diese Klausel nun vergabekonform ausgelegt. Danach gelten die ursprünglichen Termine trotz des flexiblen Beginns nur bis zum Ende der ursprünglichen Zuschlagsfrist. Verzögert sich die Vergabe und wird eine Verlängerung der Bindefrist nötig, sind die Bautermine zu verlängern. Ein Festhalten an den ursprünglichen Terminen stellte in diesem Fall ein ungewöhnliches Wagnis für Bieter dar. Denn sie könnten ihr Angebot nur aufgrund von Mutmaßungen über eventuelle Verzögerungen kalkulieren.

Kommission kritisiert SPNV-Zahlungen

Nach bislang nicht offiziell bestätigten Presseberichten sieht die EU-Kommission die Zahlungen an die Deutsche Bahn aufgrund der Verkehrsverträge in Berlin und Brandenburg als unzulässige Beihilfen an und verlangt eine Neuberechnung. Die Zahlungen seien in beträchtlicher Höhe seit Jahren nicht gerechtfertigt. In Rede stehe ein mehrfacher Millionenbetrag. Erfolge bis Juni 2010 keine Rückzahlung, drohe eine Klage gegen die BRD.